

Kirche und Gesellschaft



Wolfgang Löhr

Der Volksverein für das katholische Deutschland

Ein historisches Markenzeichen
der Stadt Mönchengladbach

Die Reihe „Kirche und Gesellschaft“ thematisiert aktuelle soziale Fragen aus der Perspektive der kirchlichen Soziallehre und der Christlichen Sozialethik.

THEMEN DER ZULETZT ERSCHIENENEN HEFTE:

Mai 2015, Nr. 420: Ursula Nothelle-Wildfeuer
TTIP – Das Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA.
Sozialethische Anfragen

Juni 2015, Nr. 421: Peter Schallenberg
Ehe und Familie zwischen Himmel und Erde.
Überlegungen aus Anlass der Römischen Synode

September 2015, Nr. 422: Marianne Heimbach-Steins
Die Gender-Debatte. Herausforderungen für Theologie und Kirche

VORSCHAU:

November 2015, Nr. 424:
Matthias Meyer zum Themenbereich „Digitalisierung als Thema der Sozialethik“

Dezember 2015, Nr. 425:
Dirk Sauerland zum Themenbereich „Gerechtigkeit im Gesundheitswesen“

Januar 2016, Nr. 426:
Stephan Leibfried zum Themenbereich „Soziales Europa“

Die Hefte eignen sich als Material für Schule und Bildungszwecke.

Bestellungen

sind zu richten an:

Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle

Brandenberger Straße 33

41065 Mönchengladbach

Tel. 0 21 61/8 15 96-0 · Fax 0 21 61/8 15 96-21

Internet: <http://www.ksz.de>

E-mail: kige@ksz.de

Redaktion:

Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle

Mönchengladbach

Erscheinungsweise: Jährlich 10 Hefte, 160 Seiten

2015

© J.P. Bachem Medien GmbH, Köln

ISBN 978-3-7616-2896-6

Als der „Volksverein für das katholische Deutschland“ am 24. Oktober 1890 im Hotel Ernst im Schatten des Kölner Domes gegründet wurde, hatte es schon zuvor mehrere Versuche gegeben, deutschlandweite katholische Laienorganisationen aus der Taufe zu heben. Die Anfänge lassen sich bis in die Zeit der Revolution von 1848 zurückverfolgen. Alle diese Vereine hatten aus unterschiedlichen Gründen nur ein kurzes Leben. Der 1872 entstandene und mitgliederstarke „Mainzer Verein deutscher Katholiken“ wurde 1876 während des sogenannten Kulturkampfes verboten. Als Großverein hatte er für den „Volksverein“ Vorbildcharakter. Ein anderer Zusammenschluss, der 1879 gegründete „Verband katholischer Industrieller und Arbeiterfreunde“, der unter dem Kurztitel „Arbeiterwohl“ firmierte und nach eigenem Bekunden „die Verbesserung der Lage der Arbeiterschaft“ anstrebte, hatte für eine längere Zeit Bestand. Er kann als direkter Vorläufer des „Volksvereins“ gelten, weil später mehr als die Hälfte seines Führungspersonals dem Vorstand des „Volksvereins“ angehörte. „Arbeiterwohl“ hatte sich freilich bewusst nur an eine überschaubare Klientel gewandt und nie die Absicht, ein „Massenverein“ zu werden. Dies aber hatte sich der „Volksverein“ von Beginn an zum Ziel gesetzt und auch mit Bravour erreicht.

Die Mündigkeit der Arbeiter als Zielsetzung

Der Entstehung des „Volksvereins“ war eine eingehende Diskussion im deutschen Katholizismus vorausgegangen. Graf Felix von Loë zu Terporten (1825 – 1896), der ehemalige Vorsitzende des verbotenen „Mainzer Vereins“ und seit 1882 an der Spitze des einflussreichen „Rheinischen Bauernvereins“, schwebte ein Zusammenschluss vor, der sich mit dem 1886 „zur Wahrung der deutsch-protestantischen Interessen“ entstandenen „Evangelischen Bund“ auseinandersetzen sollte, weil dieser u. a. den politischen Katholizismus bekämpfte. Die neue katholische Vereinigung sollte den umständlichen Namen „Verein zur Lehr und Wehr gegen die Angriffe des modernen Unglaubens“ tragen. Als Termin und Ort seiner Gründung war der 30. Juli 1890 in Mainz vorgesehen, in Erinnerung an den untergegangenen Vorgängerverein. Die Bedenken zweier Bischöfe, die „Unannehmlichkeiten“ für die deutschen Katholiken befürchteten, konnte der beim Episkopat sehr geschätzte Loë überwinden. Schwierig wurde es jedoch, Ludwig Windthorst (1812 – 1891), einen der damals bedeutendsten katholischen Politiker Deutschlands und hoch geachteten parlamentarischen Gegenspieler des Reichskanzlers Otto von Bismarck (1815 – 1898), von der Vereinsgründung zu überzeugen. Er hielt nichts von einem „Anti-Evangelischen Bund“ und sah durch eine solche Gründung den gerade erzielten „Waffenstillstand“ im Kulturkampf in

Gefahr. Außerdem hielt er die politischen Vorstellungen Loës und des Kreises um ihn für rückwärtsgewandt. Aber der Adlige hatte gewichtige Unterstützer. Deshalb musste Windthorst schließlich zum letzten ihm bleibenden Mittel greifen, um einen antiprotestantischen Verein zu verhindern. Er drohte, sollte es dazu kommen, alle politischen Ämter niederzulegen. Als Vermittler in diesem Richtungsstreit erwies sich der junge, aus Westfalen stammende Franz Hitze (1851 – 1921). Ein Geistlicher, der seit 1880 als Generalsekretär des Verbands „Arbeiterwohl“ mit Sitz in Mönchengladbach wirkte. Er hielt zwar wie Loë einen Massenverein für richtig, nur sollte der sich, wie es auch Windthorst vorschwebte, zuvörderst gegen die „Irrtümer und Umsturzbestrebungen auf sozialem Gebiet“ wenden. Hitze war durch den Mönchengladbacher Textilfabrikanten und Vorsitzenden von „Arbeiterwohl“, Franz Brandts (1832 – 1914), in die Diskussion einbezogen worden. Brandts war damals bereits weit über die Grenzen seiner Heimatstadt hinaus bekannt wegen der zahlreichen sozialen Einrichtungen in seiner Firma, einschließlich eines Mitspracheorgans für die Betriebsangehörigen. Bei ihm hatte Hitze, Absolvent des Germanikums in Rom und anschließend eines behüteten Priesterseminars, die ihm völlig fremde Arbeitswelt mit ihren Problemen kennengelernt. Er gewann das Vertrauen der Arbeiterschaft in der Firma von Brandts und stand ihnen als Seelsorger zur Seite.

Um ein Scheitern der Initiative Loës, die sie im Ansatz für richtig hielten, zu vermeiden, legten Brandts und Hitze letztlich ein Konzept zur Vereinsgründung vor, das weitgehend Windthorsts Zustimmung fand. Am 24. Oktober 1890 konnte daraufhin der „Volkverein für das katholische Deutschland“ gegründet werden. Mit diesem uns heute etwas fremd klingenden Namen sollte ausgedrückt werden, dass man sich an alle Bevölkerungsschichten des deutschen Katholizismus wenden wollte.

Franz Brandts nahm auf Drängen Windthorsts den Posten des Vorsitzenden des neuen Vereins an. Er hatte eigentlich seiner Frau versprochen, kein weiteres Amt mehr auszuüben. Um ihm entgegenzukommen, wurde die zentrale Arbeitsstelle des Vereins nach Mönchengladbach gelegt. Rechtlicher Sitz blieb bis 1908 Mainz. Franz Hitze wurde Schriftführer, und der 36-jährige Kölner Rechtsanwalt Karl Trimborn (1854 – 1921) Stellvertretender Vorsitzender. Windthorst sollte als Ehrenvorsitzender mitwirken. Doch starb er schon am 14. März 1891, fünf Monate später. Einen nachhaltigen Einfluss auf die Entwicklung dieses neuen katholischen Sozialvereins zu nehmen, blieb ihm versagt.

Der „Volkverein“ unterschied sich sofort signifikant von anderen katholischen Zusammenschlüssen. Er war keine kirchliche Vereinigung und unterlag daher nicht dem Kirchenrecht. Damit verfügte er einerseits über eine

große Freiheit in seinen Entscheidungen, andererseits waren die späteren Konflikte mit einigen deutschen Bischöfen schon vorhersehbar. Außerdem trennte sich der „Volkverein“ – auch dies eine bewusste Abkehr von den üblichen Gepflogenheiten – von dem sogenannten Präsidialprinzip, auf Grund dessen Geistliche an der Spitze katholischer Vereine standen. Auch diese abweichende vereinsrechtliche Struktur hat zu heftigen Auseinandersetzungen geführt und den Geistlichen in der Führungsmannschaft des „Volkvereins“ das Leben schwer gemacht. Dass so viele Priester bei ihm an verantwortlicher Stelle standen, hing übrigens u. a. mit dem Mangel an Laien zusammen, die für eine solche Tätigkeit infrage kamen.

Zwei Aufrufe an die Öffentlichkeit

Knapp einen Monat nach seiner Gründung wandte sich der „Volkverein“ am 22. November 1890 mit einem Aufruf, der vermutlich von Windthorst und Trimborn verfasst worden war, an die Öffentlichkeit. Einleitend wird mit Empörung auf den am 12. Oktober 1890 von den Sozialdemokraten verabschiedeten Beschluss reagiert, „die kirchlichen und religiösen Gemeinschaften“ sollten zukünftig „als Privatvereinigungen“ betrachtet werden. Dagegen wollte der „Volkverein“ kämpfen und die „christliche Gesellschaftsordnung“ verteidigen. In dem Aufruf ist weiterhin die Rede davon, man werde es nicht bei der Abwehr der „falschen Lehren“ bewenden lassen, sondern die „richtigen Grundsätze auf sozialem Gebiete“ anwenden und die „Arbeitgeber und Arbeitnehmer“ auf ihre gemeinsamen Verpflichtungen hinweisen. Ausdrücklich wird von einer „Interessengemeinschaft“ beider gesprochen und damit dem marxistischen Klassenkampf eine deutliche Absage erteilt. Doch distanzierte sich der „Volkverein“ in diesem Aufruf gleichzeitig von der bisherigen Politik Bismarcks gegen die Sozialdemokratie, die mit Hilfe der sogenannten Sozialistengesetze mit polizeilichen Mitteln unterdrückt worden war. „Verderbliche Ideen“ solle man „in freiem Kampfe“ überwinden. Auffallend ist, dass sich in diesem Aufruf der „Volkverein“ nicht auf eine Empfehlung der Bischöfe berufen konnte.

Einen Monat später erschien ein zweiter Aufruf, der konkreter als der erste war. Er verwendet erstmals ein späteres Schlüsselwort des „Volkvereins“ und spricht von „christlicher Sozialreform“. Danach werden revolutionäre gesellschaftliche Veränderungen eindeutig abgelehnt, aber zugleich Reformen auf sozialem Gebiet befürwortet. Um in der Öffentlichkeit wahrgenommen zu werden, kündigt der Aufruf das Erscheinen von Pressematerialien, „Flugschriften“ und einer vierteljährlich erscheinenden „Vereinsgabe“ an. Er schließt mit der Bitte an die Bischöfe, den Verein zu unterstützen, was bisher ausgeblieben war. Verantwortlich für die Aufbauarbeit wurde Trimborn, was

man nur als Glücksfall bezeichnen kann. Er verstand es, ein Netz aufzubauen, das sich über Deutschland ausbreitete. Dafür gewann er Geistliche, Lehrer und Rechtsanwälte, aber auch Industriearbeiter, die bald die große Mehrheit der Mitglieder stellten. Damit überwand er die Exklusivität des Verbands „Arbeiterwohl“ und beseitigte die Kluft zu den Bessergestellten. Nach der von Trimborn geschaffenen Struktur, die er ein wenig bei der SPD abgesehen hatte, gab es auf der unteren Ebene die Vertrauensleute, die ihre Nachbarn und Arbeitskollegen ansprachen, sie für den Verein warben und seine Publikationen verteilten. Darüber standen Lokalvertrauensleute, Bezirksvorsteher und Landesvertreter. Die oberste Ebene bildete der Vorstand in Mönchengladbach mit dem Generalsekretär, der später ab 1903 Generaldirektor hieß.

Nach einem Jahr hatte der Verein bereits über 100.000 Mitglieder und über 3.000 Vertrauensleute. Das Amt des Generalsekretärs versah ab 1892 der damals erst 26-jährige August Pieper (1866 – 1942). Pieper wurde gewissermaßen von Hitze entdeckt, hatte wie er in Rom Theologie studiert und war nach seiner Priesterweihe für kurze Zeit Kaplan im Ruhrgebiet. Auch Piepers Berufung zahlte sich aus. Unter ihm brachte es der „Volkverein“ kurz vor dem Ersten Weltkrieg auf fast 806.000 Mitglieder, eine Zahl, die nie wieder eine katholische Vereinigung erreicht hat. Damals nahm der „Volkverein“ den zweiten Platz hinter der SPD ein. Als Ursache für den Zuspruch, der nicht selbstverständlich war, kann neben dem Aufbau eines dichten sozialen Netzes auch die konsequente Nutzung dessen gelten, was wir heute Marketing nennen.

So wusste die Vereinsführung von Anfang an, dass zur „Mitgliederpflege“ der Druck einer Zeitschrift als unabdingbar erschien. Bereits ein Jahr nach der Gründung kam deshalb die erste Nummer des Verbandsorgans mit dem Namen „Der Volkverein“ heraus. Sie wurde später wegen der Farbe der Titelseite „Die Roten Hefte“ genannt. Die Redaktion übernahm August Pieper. Als er nach Mönchengladbach kam, war gerade das erste Sozialrundschreiben Papst Leos XIII. mit dem Titel *Rerum Novarum* in die Welt hinausgeschickt worden. Es bestätigte nicht wenige Ansichten, die „Arbeiterwohl“ unter der Führung von Brandts und Hitze schon länger vertreten hatten. Brandts war sogar in einer Rede vor Mitgliedern des Verbands noch weit über den Papst hinausgegangen, als er bereits ein Jahr vor der päpstlichen Enzyklika feststellte, der Arbeiter sei „gleichberechtigt“ und seine Stimme habe an der Wahlurne „gleiches Gewicht“.

Die „praktisch-sozialen Kurse“

Den Durchbruch für den Verein brachten die „praktisch-sozialen Kurse“, deren erster 1892 in Mönchengladbach stattfand. Die Idee dazu ging auf Hitze zurück, der bald darauf auf den für ihn geschaffenen Lehrstuhl für Christliche Gesellschaftslehre in Münster berufen wurde, obgleich er weder eine Dissertation noch eine Habilitation vorzuweisen hatte. Seine Vorträge auf dem ersten „praktisch-sozialen Kursus“ hatten mit zu seiner „Entdeckung“ beigetragen. Im Mittelpunkt seiner damaligen Referate stand der praktische Arbeiterschutz (Sonntagsruhe, begrenzte Arbeitszeit für Frauen und Jugendliche, Schutz der Schwangeren, Verbot der Arbeit von Kindern unter 14 Jahren), für dessen gesetzliche Verankerung er sich als Reichstagsabgeordneter und Zentrumspolitiker erfolgreich eingesetzt und einen Namen gemacht hatte.

Bei dem Mönchengladbacher Kurs erschienen statt der erwarteten 50 bis 100 Teilnehmer fast 600. Ein Zeichen dafür, wie brennend die Lösung der Sozialen Frage im deutschen Katholizismus inzwischen empfunden wurde. Besonders hoch war unter den Hörern der Anteil an Geistlichen, weil sie im Alltag mit sozialen Problemen aller Art konfrontiert waren. Sie erwarteten in Mönchengladbach nicht bloß einen Gedankenaustausch, sondern fragten auch nach konkreten Handlungsanweisungen. Der „Volksverein“ seinerseits hoffte, durch den Kurs Mitglieder der katholischen Oberschicht für die Sozialpolitik interessieren zu können.

Heftige Diskussionen und starke Ablehnung lösten während der Tagung die Beiträge des Kölner Geistlichen Peter Oberdörfer (1852 – 1925) aus, der sich gegen den Parlamentarismus wandte, den er als „die Knechtschaft der Minoritäten durch die Majoritäten“ deutete. Im später ausgebrochenen sogenannten Gewerkschaftsstreit, in dem der „Volksverein“ die überkonfessionellen Christlichen Gewerkschaften befürwortete und unterstützte, lernte er Oberdörfer als einen seiner heftigsten Gegner kennen. Er sprach in diesem Zusammenhang vom „Gladbachismus“, den er für äußerst gefährlich hielt.

Mit dem Mönchengladbacher Lehrgang gelang es dem „Volksverein“, wie beabsichtigt, in einer breiteren Öffentlichkeit bekannt zu werden. Selbst Max Weber (1864 – 1920), einer der Väter der deutschen Soziologie, hat sich mit ihm befasst und ihn zur Nachahmung empfohlen.

Der weitere Ausbau

Nach zehn Jahren wurden die „praktisch-sozialen Kurse“ durch die „Volkswirtschaftlichen Kurse“ abgelöst. Ihre Bedeutung für die christlich-soziale

Bewegung kann man kaum überschätzen. Bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs haben fast 800 Personen an dieser Schulung teilgenommen. Sie wandte sich vornehmlich an die Führungskräfte der Christlichen Gewerkschaften sowie der Katholischen Arbeitervereine, außerdem an die Mitarbeiter in den Volksvereinssekretariaten, die ursprünglich „Volksbüros“ geheißen hatten. Sie berieten u. a. gegen geringes Entgelt jedermann bei Fragen der Sozialversicherung, in Schul-, Steuer- und Militärangelegenheiten. Ausgeklammert blieben lediglich zivilrechtliche Fragen. Um ein Beispiel für die gedeihliche Arbeit zu nennen: Das fünf Jahre nach der Gründung des Vereins eröffnete „Volksbüro“ in Mönchengladbach hatte schon wenige Monate nach Eröffnung weit über 3.000 Personen beraten.

In den „Volkswirtschaftlichen Kursen“, die an Stelle der „praktisch-sozialen“ Kurse traten und drei Monate dauerten, lernten die Teilnehmer wirtschaftliche Grundbegriffe kennen und wurden in das Arbeitsrecht sowie in das Steuer- und Finanzwesen eingeführt, so gut es in der kurzen Zeit ging. Der „Volksverein“ legte dabei besonderen Wert auf die Qualität der Vorlesungen und schenkte den Absolventen nichts. Viele der später bekannten Politiker aus der Arbeiterschaft und der Gewerkschaftsbewegung, die in der Kaiserzeit, der Weimarer Republik und der Bundesrepublik Deutschland gewirkt haben, besuchten in Mönchengladbach dieses Bildungsinstitut, das oftmals spöttisch als „Galoppuniversität“ bezeichnet wurde. Seit 1906 fanden die Vorlesungen im gerade gebauten Volksvereinshaus statt, das über einen eigenen Hörsaal verfügte.

Neben dieser Schulung Einzelner befasste sich der „Volksverein“ zusätzlich mit der „Belehrung der Massen“, wie man damals sagte. Dazu gehörten die großen Volksvereinsversammlungen mit zwei bis drei Vorträgen und auch die kleineren Familienabende, bei denen Lieder gesungen, dafür eigens geschriebene Theaterstücke aufgeführt und leicht verständliche Vorträge gehalten wurden. Dadurch sollte das Gemeinschaftsgefühl der Vereinsmitglieder entwickelt und gestärkt werden.

Bei dem hohen Anteil an Arbeitern unter den Mitgliedern, war die Zusammenarbeit mit den katholischen Arbeitervereinen nur natürlich. Für sie wurde seit 1901 die „Präsides-Korrespondenz“ herausgebracht, ein Publikationsorgan, das sich an die Geistlichen an ihrer Spitze wandte. Für die Mitglieder der katholischen Arbeitervereine Westdeutschlands erschien ab 1898 wöchentlich die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“. Da sie von Arbeitern für Arbeiter gemacht werden sollte, gewann Pieper dafür Johannes Giesberts (1865 – 1938), Heizer in der Druckerei Bachem in Köln. Er hatte 1895, gefördert von seinem Arbeitgeber, an einem „praktisch-sozialen Kursus“ in Dortmund teilgenommen. Dabei war man auf ihn aufmerksam geworden. Giesberts zog

nach Mönchengladbach und wurde hier 1906 in Nachfolge von Franz Brandts als erster Arbeiter in die Stadtverordnetenversammlung gewählt. Auch das ist ein programmatischer Vorgang. Seit 1905 gehörte Giesberts bereits für das Zentrum dem Reichstag an. Seinen Posten bei der „Westdeutschen Arbeiterzeitung“ gab er deswegen auf. Er nahm später 1919 an der Pariser Friedenskonferenz teil und versah von Februar 1919 bis November 1922 das Amt des Reichspostministers.

Neben der eigenen Zeitschrift, die nicht nur als Nachrichtenblatt diente, sondern auch Artikel zu sozial- und wirtschaftspolitischen Fragen enthielt, druckte der „Volksverein“ Flugblätter, die sich mit aktuellen Themen befassen, und sogenannte „Flugschriften“ von wenigen Seiten mit dem Wortlaut der sozialpolitischen Reden Hitzes. Es entstanden ferner Schriftenreihen, die soziale, wirtschaftliche und religiöse Zeitfragen beantworteten. Wegen der vielen Druckaufträge gründete der „Volksverein“ 1907 eine eigene Druckerei in Mönchengladbach und schuf eine Bibliothek, die schließlich über 95.000 Bände zählte und die nicht nur von den Mitarbeitern des „Volksvereins“ genutzt wurde. Dabei war es sogar möglich, Bände zu entleihen, um sie in aller Ruhe zu Hause studieren zu können. Die Bibliothek, die erhalten geblieben und heute im Besitz der Stadt Mönchengladbach ist, enthält insbesondere Veröffentlichungen aus den Bereichen Sozial- und Wirtschaftswissenschaften. Diese Veröffentlichungen decken den Zeitraum vom Kaiserreich bis zum Ende der Weimarer Republik ab und umfassen alle politischen Richtungen.

Die Entdeckung neuer Medien

Von Beginn an zeigte sich der „Volksverein“, der bis auf Brandts von jungen Leuten geführt wurde, offen für die damals entstehenden neuen Medien (Dia, Film, Schallplatte). Dafür wurde 1909 die „Lichtbilderei“ als eigenständige GmbH eingerichtet. Sie produzierte über 300 Diareihen, die ein breites Spektrum abdeckten, einschließlich der Schönen Künste. Die Vorlagen wurden selbst gefertigt und bei der Schulung und Weiterbildung eingesetzt. Besonders auffällig erschien damals, dass der „Volksverein“ Kinofilme bereitstellte. Kurz vor dem Ersten Weltkrieg hatte er über 900 Filme im Angebot, die man mit den dazu benötigten Apparaten ausleihen konnte. Außerdem gab es zusätzlich ein Wanderkino, mit dem ein Vorführer über Land zog. Während des Ersten Weltkriegs begann die „Lichtbilderei“ mit Eigenproduktionen. 1918 ging sie in Konkurs. Doch wollte der „Volksverein“ diesen Sektor nicht aufgeben. Deshalb wurde eine Nachfolgesellschaft mit Namen „Neuland“ gegründet, die 14 Filme herstellte. Der Name war Programm.

Soziale Studentenarbeit

1906 wurde der junge Kaplan Carl Sonnenschein (1876 – 1929) beim „Volksverein“, eingestellt, der sich bald um die katholischen Akademiker kümmerte, um sie für „soziale Arbeit“ zu gewinnen, wie es der „Volksverein“ selbst formulierte. Wie schon Hitze und Pieper hatte auch er am Germanikum in Rom studiert, wo er Bekanntschaft mit Romulo Murri (1870 – 1944) machte, der sich für die damals im Katholizismus strittige Idee der christlichen Demokratie einsetzte. Mit ihm hatte er 1900 den ersten katholischen Studentenkongress in Rom veranstaltet.

In Mönchengladbach konzentrierte sich Sonnenschein auf die katholischen Studenten und richtete 1908 das „Sekretariat Sozialer Studentenarbeit“ ein, das zwar unabhängig war, aber vom „Volksverein“ finanziert wurde. Es stellte sich zur Aufgabe, den späteren Anwälten, Ärzten, Lehrern, Richtern und Beamten ein Gespür für die Probleme der ihnen völlig fernliegenden Arbeitswelt zu vermitteln. Sonnenschein bemühte sich, den Graben zwischen Arbeitern und Akademikern zuzuschütten. Dazu hielt er unermüdlich Vorträge, veröffentlichte zahlreiche Broschüren, gründete soziale Freundeskreise und warb für Betriebspraktika und Mitarbeit in sozialen und caritativen Einrichtungen. Seit 1909 gab er eine eigene Zeitschrift, die „Sozialen Studentenblätter“ heraus, in denen er sich u. a. für die Überbrückung der „wirtschaftlichen und bildungsmäßigen Klassengegensätze“ einsetzte. Wie im „Volksverein“ selbstverständlich, lehnte er den Klassenkampf ab, wandte sich aber gegen die „Kastenhaftigkeit“ der Gesellschaft seiner Zeit. Konservative katholische Kreise denunzierten ihn, vor allem weil er sich für die Christlichen Gewerkschaften einsetzte. In einigen deutschen Bistümern bekam er daraufhin Predigtverbot. 1918 verließ er Mönchengladbach und wurde in Berlin zum „Großstadtapostel“. Sein Kontakt zum „Volksverein“ brach schließlich ab.

Der Gewerkschaftsstreit

Nicht nur Sonnenschein eckte an. Schon von Anfang an war das Wirken des „Volksvereins“ starker Kritik einflussreicher Kreise im deutschen Katholizismus ausgesetzt, die seinen reformorientierten Ansatz unmissverständlich ablehnten: Der Versuch, den Gegensatz zwischen dem christlichen Glauben und der Welt der Moderne zu überwinden, erschien ihnen allzu suspekt und daher keinesfalls hinnehmbar. Ein besonderer Stein des Anstoßes war, wie bereits erwähnt, das Eintreten für die Christlichen Gewerkschaften. Sie waren nicht nur überkonfessionell, sondern befürworteten daneben den Streik als Kampfmittel der Arbeiterschaft, um höhere Löhne und kürzere Arbeitszeiten durchzusetzen. Außerdem monierten einige Bischöfe, dass sie weder

Einfluss auf den „Volksverein“ noch auf die Christlichen Gewerkschaften nehmen konnten und diese auch nicht päpstlichen Weisungen folgen mussten. Darin sahen sie einen Aufstand gegen die kirchliche Obrigkeit. Da die Verfechter der Autonomie der Christlichen Gewerkschaften sich um die „Kölnische Volkszeitung“ scharten und sie im „Volksverein“ zu Mönchengladbach ihren Hauptbefürworter gefunden hatten, kam der Begriff von der „Köln-Gladbacher Richtung“ in Umlauf. Der Breslauer Fürstbischof Georg Kardinal Kopp (1837 – 1914) sprach in diesem Zusammenhang von der „Verseuchung des Westens“. Seiner Überzeugung nach führte die Unterstützung der Christlichen Gewerkschaften zu einer Zunahme des „Klassenhasse“. Sie trieben die Arbeiter seiner Meinung nach geradezu in die Arme der Sozialisten. In seiner Diözese verbot er den „Volksverein“. Obendrein drohte er damit, ihn durch den Papst verurteilen zu lassen. Eine Kampfansage, die in Mönchengladbach durchaus ernst genommen wurde. Ganz im Gegensatz zu Kopp stand der Kölner Oberhirte Antonius Kardinal Fischer (1840 – 1912), der den Verein unterstützte und für ihn öffentlich eintrat.

Eng war die Verbindung des „Volksvereins“ mit dem politischen Arm der deutschen Katholiken, der Zentrumspartei. Solange sie bestand, nahmen führende Köpfe des Vereins für sie Mandate im Reichstag und in Länderparlamenten wahr. Doch legte er entschieden Wert darauf, nicht ihr Sprachrohr zu sein. Andererseits wussten die Verantwortlichen des „Volksvereins“, dass sie ihre politischen Ziele nur mit Hilfe des Zentrums verwirklichen konnten. Durch dieses Zusammenspiel erhielt Deutschland schon in der Kaiserzeit eine Sozialgesetzgebung, die in Europa einzigartig blieb.

Auf der Suche nach einem neuen Konzept: Vom Ersten Weltkrieg bis zum Ende der Weimarer Republik

Als der Erste Weltkrieg ausbrach, distanzierte sich der „Volksverein“ trotz aller „Modernität“ nicht von der weit verbreiteten Ansicht, Deutschland verteidige sich nur und sein Sieg sei Gottes Wille. Deshalb stärkte er durch Wort und Schrift das, was damals Heimatfront hieß. Der Krieg hinterließ schon bald deutliche Spuren. Zahlreiche Mitarbeiter und die meisten Mitglieder gingen an die Front. Viele wurden Opfer des Krieges. Nach der militärischen Niederlage im November 1918 stand der „Volksverein“ an einer Wende. August Pieper legte amtsmüde seinen Posten nieder. Er war außerdem enttäuscht, dass die Monarchie untergegangen war. Den Ausruf der Republik hielt er für einen Bruch mit der deutschen Geschichte. Als Hauptgrund seines Rückzugs gab er aber die vorausgegangene Ablehnung des „Volksvereins“ durch einige Bischöfe an. Sein Nachfolger wurde zunächst der Zentrumspolitiker Wilhelm Marx (1863 – 1946), der später zweimal Reichskanzler werden

sollte. Er bejahte den neuen Staat und verstand es erstaunlich gut, sich mit den neuen Verhältnissen zu arrangieren. Unter seiner Ägide erinnerte sich der „Volksverein“ wieder an seine alte Zielsetzung, gab deshalb erneut informative Schriften zu politischen und wirtschaftlichen Fragen heraus und organisierte Großveranstaltungen, jetzt zum Erhalt der Konfessionsschule. Die führenden Kräfte des Vereins kandidierten für den Reichstag und andere politische Gremien und wurden gewählt. In einigen Punkten standen sie inzwischen der SPD nah. Von dem Kampf gegen die Sozialdemokratie in den Anfangsjahren war nur noch wenig übrig geblieben. Eine große Genugtuung war es für den Verein, als einer seiner bedeutenden Köpfe, Heinrich Brauns (1868 – 1939), zum Reichsarbeitsminister berufen wurde. Mit der Verabschiedung des Betriebsverfassungsgesetzes, das die Rechte der Betriebsräte regelte, wurde in seiner Amtszeit eine Forderung Wirklichkeit, die der „Volksverein“ schon zur Kaiserzeit erhoben hatte. Auch beim Arbeiterschutz, bei der Sozialversicherung und der freien Wohlfahrtspflege knüpfte Brauns als Minister an Überlegungen des „Volksvereins“ an. Besonders auf Grund dieses Erfolgs brachte es der Verein wieder auf fast 700.000 Mitglieder, darunter jetzt auffallend viele Frauen. Das geschah freilich nicht etwa, weil er sich speziell für deren Emanzipation eingesetzt hätte, sondern eher aus Familientradition, weil die Großväter und Väter vieler Frauen bereits Mitglieder gewesen waren.

Doch der Anstieg der Mitgliederzahl hielt nicht lange an. Die Austritte häuften sich, sodass der Verein kurz vor seinem Untergang, zu Beginn der NS-Zeit, nur noch 330.000 Mitglieder zählte. Dieser Mitgliederschwund hatte mehrere Ursachen: Das Band zur Zentrumspartei wurde lockerer, als diese eine eigene Abteilung für ihre Bildungsarbeit ins Leben rief. Außerdem gab es mit der Bayerischen Volkspartei eine zweite katholische Partei im Reichstag, und einige andere Politiker, die in der Kaiserzeit zum Zentrum gehört hatten, engagierten sich für die Deutschnationale Volkspartei. Mit der einstigen Geschlossenheit des politischen Katholizismus, als dessen „Verstärker“ der Verein gewirkt hatte, war es folglich vorbei. Das sah man auch in Mönchengladbach. Doch blieb der Versuch, die Bayerische Volkspartei stärker an sich zu binden, fast wirkungslos. Außerdem musste er mit weiteren katholischen Verbänden konkurrieren, die in der Zwischenzeit gegründet worden waren, und, was fast noch schlimmer war, er hatte mit finanziellen Problemen zu kämpfen. Auch die von ihm betreuten katholischen Arbeitervereine lösten sich langsam vom „Volksverein“. Schließlich wurde man sich in der Führungsspitze immer mehr bewusst, ein Hauptziel fast erreicht zu haben: die Emanzipation der Industriearbeiter. Damit bestand Gefahr, überflüssig und Opfer des eigenen Erfolgs zu werden.

Ein Weiteres darf nicht verschwiegen werden: Nach Vorstellungen von August Pieper und dem Volksvereinsdezernenten Anton Heinen (1869 – 1934) sollte nach und nach die „Zuständereform“ mit ihrer an der Praxis orientierten Sozialpolitik durch eine „Gesinnungsreform“ abgelöst werden. Im Mittelpunkt stand dabei die „Volksgemeinschaft“. In Anlehnung an den Soziologen Ferdinand Tönnies (1855-1936) propagierte Pieper eine „seeliche Vergemeinschaftung“, die er im Wettstreit mit der „zusammenhanglosen Masse“ sah. Ziel sei es „die gemeinschaftbildenden irrationalen Lebenskräfte“ zu aktivieren. Heinen sah den einst von Hitze und Brandts befürworteten Massenverein als überholt an und warb für eine Hinwendung zu „kleinen, intimen Kreisen“. Bei vielen Mitarbeitern des „Volksvereins“ stießen diese Überlegungen auf Unverständnis. Von „Quatsch“ war sogar die Rede. Mit dieser internen Diskussion und den nicht mit dem Vorstand abgesprochenen Gedankenspielen schwächte sich der „Volksverein“ selbst und verlor viel von seinem bisherigen Renommee.

Der Untergang

Die bereits erwähnten finanziellen Probleme verschärften sich zusehends. 1929 musste der 1903 gegründete Volksvereinsverlag einen Vergleich anstrengen, um einen Konkurs abzuwenden. Das Sanierungskonzept sah vor, dass der „Volksverein“ 300.000 Mark an die Gläubiger zu zahlen hatte. Mit in den Strudel wurde die Gladbacher Gewerbank gezogen, welcher der Volksvereinsverlag 715.000 Mark schuldete. Sie ging 1932 in Konkurs. Doch war daran nicht allein der „Volksverein“ schuld, wie damals verbreitet wurde. Auf jeden Fall war der damit verbundene Ansehensverlust immens.

Als Generaldirektor führte zu diesem Zeitpunkt der spätere Aachener Bischof Johannes Joseph van der Velden (1891 – 1954) den Verein. Er hatte 1929 als Nachfolger von Wilhelm Hohn (1871 – 1954), der seit 1922 an der Spitze gestanden hatte, sein Amt angetreten. Van der Velden beabsichtigte, den Verein auf die staatsbürgerliche Schulung zu konzentrieren. Den Begriff der Gesinnungsreform übernahm er nicht. Auf ihn geht der „Königswinterer Kreis“ zurück, in dem sich die Protagonisten der Christlichen Soziallehre trafen. Als 1931 das päpstliche Sozialrundsreiben *Quadragesimo anno* veröffentlicht wurde, fanden sich darin Gedanken wieder, die auch dieser Arbeitskreis erörtert hatte. Deshalb war es nur konsequent, dass ein Jahr später das Institut für Gesellschaft- und Wirtschaftsordnung in Mönchengladbach gegründet wurde, das sich u. a. mit der Propagierung dieser Enzyklika befasste. Das sah nach einem hoffnungsvollen Neuanfang aus. Doch nach der sogenannten Machtergreifung der Nationalsozialisten besetzte im Juli 1933 die Polizei die Volksvereinszentrale und stellte van der Velden und einige andere Mitarbei-

ter unter Hausarrest. Van der Velden, der beim Verhör geschlagen und am linken Auge verletzt wurde, hatte sich bei den neuen Machthabern besonders unbeliebt gemacht, weil ein Flugblatt, das u. a. seine Unterschrift trug, vor den Nationalsozialisten gewarnt hatte. In ihm stand der unmissverständliche Satz: „Nur wer den Verstand verloren hat, kann als Katholik Nationalsozialist sein!“ Ein anderes vom Verein herausgegebenes Flugblatt stellte eindeutig fest, dass die NSDAP den Hass gegen die Juden schüre und einen „deutschen Gott“ fordere. Die unverkennbar ablehnende Position, die der Verein gegen die Nationalsozialisten eingenommen hatte, war von denen nicht vergessen worden. Die Aktion löste einen heftigen Protest der Bischöfe aus. Der Vatikan drohte sogar, die vorläufige Unterzeichnung des Reichskonkordats, an welcher der neuen Regierung unter Führung der Nationalsozialisten sehr gelegen war, auszusetzen. Reichskanzler Adolf Hitler (1889 – 1945) tat so, als wenn er nichts von der Besetzung der Zentrale des „Volksvereins“ gewusst hätte. Nach Verhandlung zweier Bischöfe im Innenministerium in Berlin vereinbarte man, dass u. a. der „Volksverein“ aufgelöst und nicht mehr unter den Schutz des Reichskonkordats gestellt werden sollte. Diese Übereinkunft kam am 17. Juli 1933 zustande. Damit hatte der „Volksverein“ seine Existenz verloren.

Blamabel ging für die Nationalsozialisten der sogenannte „kleine Volksvereinsprozess“ aus, den sie als eine Art Schauprozess geplant hatten. Wenige Monate nach der Auflösung des Vereins waren am 14. Oktober 1933 Wilhelm Hohn, Friedrich Dessauer, Physiker an der Frankfurter Universität, Aufsichtsratsvorsitzender der „Rhein-Mainischen Volkszeitung“ und Mitglied des Volksvereinsvorstands, sowie Josef Knecht, Geschäftsführer der „Carolusdruckerei“ wegen Untreue angeklagt worden. Das Verfahren endete am 20. Dezember mit einem Freispruch der Beklagten. Anfang 1934 wurde das Vermögen des „Volksvereins“ beschlagnahmt, und am 2. Februar die Hakenkreuzfahne am „Volksvereinshaus“ gehisst. Der geplante „große Volksvereinsprozess“ gegen seine führenden Köpfe wurde nie eröffnet und das Verfahren 1935 eingestellt.

In der Tradition des „Volksvereins“

Nach dem Zweiten Weltkrieg erschien eine Neugründung des „Volksvereins“, für die sich u. a. Bundeskanzler Konrad Adenauer (1876 – 1967) eingesetzt hatte, wenig opportun. Ein katholischer Massenverein schien nicht mehr zeitgemäß, da der traditionelle Milieukatholizismus schon sehr rasch erste Erosionserscheinungen zeigte und das Zweite Vatikanische Konzil auf einen bisher nicht gekannten Dialog zwischen Kirche und Welt setzte. Dennoch gab es ein ausgeprägtes Bedürfnis, an die Traditionen des

„Volksvereins“ anzuknüpfen, der die Katholische Soziallehre mit Leben füllte und seine Mitglieder zur gesellschaftlichen Mitverantwortung befähigte. So blieb die Idee lebendig, eine Zentrale für soziale Bildungsarbeit zu konstituieren, die ihren Sitz in Mönchengladbach haben sollte. Die Stadt bot sich als Standort auch deshalb an, weil dort die erhalten gebliebene Bibliothek des „Volksvereins“ existierte. Auf der Basis von Vorarbeiten des späteren Kölner Erzbischofs Joseph Kardinal Höffner (1906 – 1987) fassten die deutschen Bischöfe dann im Jahre 1961 den Beschluss, in Mönchengladbach die Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle (KSZ) als überdiözesane Einrichtung zu schaffen. Die KSZ, die 1963 gegründet wurde, erhielt von den Bischöfen den Auftrag, sich auf der Grundlage der Katholischen Soziallehre an der wissenschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Diskussion sozialer Fragen zu beteiligen und die Ergebnisse dieses Dialogs für die innerkirchliche Meinungsbildung vorzulegen.

Dieser Auftrag war und ist für die KSZ ein verpflichtender Maßstab. Seine Wahrnehmung vollzieht sich jedoch stets unter den konkreten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, zu denen heutzutage eine hohe Pluralität des Denkens und der Lebensentwürfe wie auch die Prozesse der Globalisierung gehören. Interdisziplinarität über die nationalen Grenzen hinaus sowie die Bereitschaft, die Perspektiven der Christlichen Sozialethik in den wissenschaftlichen oder gesellschaftlichen Diskurs sozialer Fragen einzubringen, sind daher zum Markenkern der KSZ geworden. Die KSZ versteht sich heute als Schnittstelle der Kommunikation zwischen Kirche, kirchlichen Verbänden, Universitäten, Sozialverbänden und Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft. Sie hat einen festen Platz im katholischen Deutschland und ist ein würdiger Nachfolger des „Volksvereins“.

Literatur:

- Marcus Böhne, Der Verband Arbeiterwohl und die Arbeiterfrage. Geschichte, Sozialpolitik und Wirtschaftspflege des Verbandes katholischer Industrieller und Arbeiterfreunde (1880-1922), kath.-theol. Diss., Paderborn 2001.
- Thomas Dahmen, August Pieper. Ein katholischer Sozialpolitiker im Kaiserreich, Lauf a. d. Pegnitz 2000.
- Friedel Doért, Carl Sonnenschein. Seelsorger, theologischer Publizist und sozialpolitischer Aktivist in einer kirchlichen und gesellschaftlichen Umbruchsituation, Münster 2012.
- Friedrich Focke, Sozialismus aus christlicher Verantwortung, Wuppertal 1978
- Karl Gabriel/Hans Joachim Große Kracht (Hrsg.), Franz Hitze 1851-1921, Paderborn 2006.

- Detlef Grothmann, „Verein der Vereine“? Der Volksverein für das katholische Deutschland im Spektrum des politischen und sozialen Katholizismus der Weimarer Republik, Köln 1997.
- Horstwalter Heitzer, Der Volksverein für das katholische Deutschland im Kaiserreich 1890-1918, Mainz 1979.
- Gotthard Klein, Der Volksverein für das katholische Deutschland, Mainz 1996
- Ders., Der Volksverein für das katholische Deutschland (1890-1933), in: www.rheinische-geschichte.lvr.de/themen/Epochen/übergreifend/Seiten/Volksverein.aspx.
- Wolfgang Löhr, Franz Brandts, Mönchengladbach 1985.
- Ders., Die Sozialenzyklika „Rerum Novarum“ und der rheinische Sozialkatholizismus, in: Geschichte im Bistum Aachen, Beiheft 3, 2003, S. 85-101.
- Ders., Der Volksverein für das katholische Deutschland. Zwischen Anerkennung und Ablehnung, Mönchengladbach 2009.
- Ders., Eine deutliche Scheidelinie gegen die Sozialdemokratie oder Die Jesuiteninvasion. Der erste Praktisch-soziale Kursus des Volksvereins für das katholische Deutschland 1892 in Mönchengladbach, in: Annalen des Historischen Vereins für den Niederrhein 217, 2014, S. 241-285.
- Hubert Mockenhaupt, Weg und Wirken des geistlichen Sozialpolitikers Heinrich Brauns, Paderborn u. a. 1977.
- Emil Ritter, Die katholisch-soziale Bewegung in Deutschland im neunzehnten Jahrhundert und der Volksverein, Köln 1954.
- Georg Schoelen (Bearb.), Bibliographisch-historisches Handbuch des Volksvereins für das katholische Deutschland, Mainz 1982.
- Nicolas Peter Schreiber, Vom Arbeiter zum Reichsminister: Johannes Giesberts (1865-1938), Geldern 2011.
- Norbert Trippen, Gründung der Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle in Mönchengladbach, in: Peter Schallenberg/Arnd Küppers, Interdisziplinarität der Christlichen Sozialethik, Paderborn u. a. 2013, S. 23-39.

Der Verfasser

Dr. phil. Wolfgang Löhr war über 30 Jahre Leiter des Stadtarchivs Mönchengladbach und beschäftigt sich insbesondere mit rheinischer Stadt- und Sozialgeschichte.